
Note der Provisorischen Regierung an die Regierungen der alliierten Mächte ["Miljukov-Note"], 18. April (1. Mai) 1917

Zusammenfassung

In der Note vom 18. April (1. Mai) 1917 ließ der russische Außenminister P.N. Miljukov die Alliierten wissen, daß Rußland bereit sei, an ihrer Seite und unter Einhaltung aller früheren Vertragsvereinbarungen bis zu einem siegreichen Ende des Krieges zu kämpfen. Miljukovs Versuch, den eigenen außenpolitischen Überzeugungen zu folgen, die Erwartungen der Alliierten zu erfüllen, den Kurs der Provisorischen Regierung zu bestimmen und den innenpolitischen Umständen der "Doppelherrschaft" Rechnung zu tragen, scheiterte. Die kriegsmüden hauptstädtischen Massen waren eher für die Friedensziele zu haben, wie sie von radikalen politischen Kräften – darunter den Bolschewiki – proklamiert wurden. Seine Note löste die erste Krise der Provisorischen Regierung aus. Miljukov war gezwungen, am 2. (15.) Mai als Außenminister zurückzutreten. Am 5. (18.) Mai 1917 übernahm ein neues Kabinett, das aus einer Koalition von sozialistischen und nichtsozialistischen Parteien hervorging, die Staatsgeschäfte.

Einführung

In den zwei Monaten nach der Februarrevolution, die der Konstitutionelle Demokrat (Kadett) Pavel Nikolajewi# Miljukov als Außenminister der Provisorischen Regierung an der Macht verbringen sollte, hatte er nach außen um die internationale Anerkennung des demokratischen Rußlands und die Aufrechterhaltung der Garantie einer russischen Kontrolle Konstantinopels und der Meerengen zu ringen, die im Februar/März 1915 von englischer und französischer Seite zugestanden worden waren. Zugleich mußte er nach innen die alliierte Konzeption des Siegfriedens verteidigen. Dabei geriet Miljukov bei der Formulierung seiner Außenpolitik unter den doppelten Druck: Während die westlichen Botschafter von der russischen Regierung nach einer konsequenten Fortsetzung des Krieges verlangten, stellte seinerseits der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten – die zweite politische Institution, die im Rahmen der sogenannten "Doppelherrschaft" nach der Februarrevolution die Macht in Rußland übernommen hatte – die Forderung nach einer unverzüglichen Einstellung militärischer Aktionen auf.

Ausgangspunkt des Gegensatzes in der Außenpolitik, der zwischen der Provisorischen Regierung und dem Petrograder Sowjet bestand, war ihre jeweils unterschiedliche Sicht auf die Rolle des Krieges als Voraussetzung der Revolution: Begründete das Regierungslager den Sturz des zarischen Regimes mit seiner Unfähigkeit, den Sieg herbeizuführen, so sahen die Vertreter des Sowjets in den Massenunruhen einen Ausdruck für die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung. Grundpositionen wurden seitens der Regierung mit dem Manifest an das Volk am 7. (20.) März und seitens des Sowjets mit dem "Appell an die Völker der ganzen Welt" am 14. (27.) März bezogen. Die Kontroverse, die sich weniger auf die Kampfhandlungen selbst, als vielmehr auf die Frage russischer Kriegsziele bezog, spitzte sich später auf die beiden Losungen "Krieg bis zum siegreichen Ende" und "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" zu. Dabei ist bemerkenswert, daß die

Formel der Zimmerwalder Bewegung "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" zunächst noch keinen Eingang in den Sowjetappell vom 14. (27.) März gefunden hatte. Offenbar entwickelte sie sich erst im Zuge der Auseinandersetzungen als Parole der Straße.

Hatte Miljukov bereits in seiner Depesche an alle Auslandsvertreter Rußlands vom 4. (17. März) 1917 zugesichert, das neue Kabinett werde "die internationale Verpflichtungen Rußlands achten", Rußland mit den Alliierten "Schulter an Schulter [...] gegen den gemeinsamen Feind unermüdlich und unablässig bis zum Ende kämpfen", und die Regierung "alle ihre Energie der Erringung des Sieges widmen"¹, so bestätigte er die Unverrückbarkeit seiner Position noch einmal in einem Interview für die Zeitung "Re#" vom 23. März (5. April). Darin gab er zu verstehen, daß der Sieg über Deutschland ein Ziel der russischen Außenpolitik bleibe, und die Forderung nach einem "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" nur dann akzeptabel sein könnte, wenn "Grenzregulierung" und "Gebietsaustausch" von "Usurpation" ausdrücklich unterschieden werde. In diesem Zusammenhang korrigierte der Außenminister eine Äußerung von Aleksandr Kerenskij gegenüber englischen Pressevertretern, mit der dieser die Neutralisierung der Meerengen befürwortete. Im Gegenzug benannte Miljukov als russische Kriegsziele die Kontrolle über Konstantinopel und die Meerengen, den Anschluß von Ostgalizien und die Schutzherrschaft über Armenien.

Wegen seines Alleinvertretungsanspruches in der Außenpolitik, die er mit dieser Stellungnahme zum Ausdruck brachte, wurde Miljukovs noch am gleichen Tag während einer offiziellen Kabinettsitzung scharf angegriffen. Den Streit, der um diese Eigenmächtigkeit des Außenministers ausgebrochen war, schlichtete Ministerpräsident Fürst Georgij L'vov dahingehend, daß er Miljukov zwar das Vertrauen aussprach, für die Zukunft aber private Interviews untersagte und einen außenpolitischen Rapport anforderte.

Die Debatten über den außenpolitischen Kurs Miljukovs wurden am 24. März (6. April) in der gemeinsamen Sitzung der "Kontaktkommission" des Sowjets, die zwischen ihm und der Regierung vermittelte, und des Ministerkabinetts wiederaufgenommen. Dabei fehlte es weder auf der Seite der Regierung noch auf der des Sowjets an Versuchen – hier tat sich besonders der Menschewik Iraklij Cereteli vor –, den Außenminister zu einer Kurskorrektur zu bewegen. Miljukov weigerte sich jedoch, sowohl der Forderung nach einem "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" zu folgen, als auch von seinem außenpolitischen Expansionsprogramm abzurücken.

Am 27. März (9. April) legte die Regierung schließlich den Entwurf einer außenpolitischen Deklaration vor – drei Wochen später wird sie in die Miljukov-Note aufgenommen werden –, die an das russische Volk gerichtet war und zwischen allen politischen Parteien, der Provisorischen Regierung wie dem Petrograder Sowjet, zu vermitteln suchte. In ihrer Kernaussage verhielt sich die Erklärung in der Tat ambivalent. Einerseits wurde als Ziel "nicht die Herrschaft über andere Völker, nicht die Entreißung ihres Nationaleigentums, nicht die gewaltsame Eroberung fremder Gebiete, sondern die Verwirklichung eines sicheren Friedens auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker" anvisiert. (Das Exekutivkomitee des Sowjets stimmte dem Entwurf erst dann zu, nachdem er durch die Zusage, Rußland werde auf "gewaltsame Eroberung fremder Gebiete" verzichten, ergänzt worden war.)

1 Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, Hg. v. Manfred Hellmann, 2. Aufl., München 1969, S. 160-161.

Andererseits wurde die "Achtung aller Verpflichtungen" garantiert, die man gegenüber den Alliierten eingegangen war. Aufschlußreich für Miljukovs taktisches Kalkül im Umgang mit seinen politischen Gegnern ist die Interpretation der Erklärung, die er im nachhinein in seinen Memoiren vornimmt: Mit dem Appell an den "Volkswillen" als oberste Autorität sei die endgültige Entscheidung der einzuberufenden Konstituierenden Versammlung übertragen worden. Bei der von dem Geschäftsführer der Provisorischen Regierung Vladimir Nabokov stammenden Passage "nicht die Herrschaft über andere Völker, nicht die Entziehung ihres Nationaleigentums" habe es sich um eine Umschreibung der Zimmerwaldformel gehandelt. Und die sich auf die Alliierten beziehende Aussage über die Verteidigung der "Rechte unseres Vaterlandes bei voller Achtung aller Verpflichtungen", die einen Beitrag von Fedor Kokoškin, dargestellt habe, sei ein Bekenntnis zu den Geheimverträgen mit den Alliierten gewesen!

Mit der Deklaration vom 27. März (9. April) lag ein gemeinsames außenpolitisches Programm von Provisorischer Regierung und Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets in der Frage des Krieges vor. Dabei wurde eine Grundsatzentscheidung gegen den Separatfrieden getroffen und statt dessen ein Lösungsansatz bei den Kriegszielen gesucht. Dennoch wurde die Deklaration von allen Parteien im Sinne der jeweiligen Interessen als Sieg interpretiert. Demzufolge hatte Miljukov weiterhin Grund zu der Annahme, daß seine Position unangefochten blieb. Beide Gremien, sowohl die Provisorische Regierung als auch der Sowjet, spalteten sich jedoch in der Folgezeit in unterschiedliche Interessengruppen. Gemeinsam sollte ihnen nur die Distanzierung von der Politik des Außenministers werden. So stellte sich rasch heraus, daß der praktische Wert des Dokuments begrenzt war.

Bei der Deklaration vom 27. März (9. April) handelte es sich zunächst jedoch nur um eine innenpolitische Verlautbarung, mit der die russische Gesellschaft angesprochen werden sollte. Der Vorschlag, die Alliierten über die Deklaration in Kenntnis zu setzen, ging von dem Sozialrevolutionär Viktor (ernov aus, der am 8. (21.) April aus dem Exil zurückkehrte und seine Auffassung am 10. (23.) April vor dem Exekutivkomitee des Sowjets vertrat. Miljukov gelang es bei der Sitzung der Kontaktkommission am 11. (24.) April zwar zu verhindern, daß die Deklaration in den Rang eines offiziellen diplomatischen Dokuments erhoben wurde, konnte sich aber ihrer Übersendung im Rahmen einer erklärenden Mantelnote nicht verweigern. Daraufhin versuchte Kerenskij, die weitere Entwicklung zu forcieren, indem er am 12. (25.) April unter Mißachtung der Aufforderung von Ministerpräsident L'vov an die Regierungsmitglieder, in der Presse eine einheitliche Linie zu vertreten, die "Umwidmung" der Deklaration vom 27. März (9. April) ankündigte. Obgleich Kerenskij in der Kabinettsitzung des nächsten Tages zu einem Dementi verpflichtet wurde, war es ihm gelungen, die Öffentlichkeit anzusprechen.

Indes geriet Miljukov auch im Lager der Alliierten immer mehr in die Isolierung. In der ersten Aprilwoche wurde er von den Alliiertenkonferenzen in Folkestone (29. März (11. April) 1917) und St. Jeanne de Maurienne (6. (19.) April 1917) in Kenntnis gesetzt, die ohne russische Beteiligung stattgefunden hatten. Zur gleichen Zeit bahnte sich in Petrograd eine Annäherung zwischen dem englischen Botschafter George Buchanan und Kerenskij an. Buchanan nahm nun eine Neuorientierung in der Meerengenfrage zugunsten einer Neutralisierung und eines Separatfriedens mit dem Osmanischen Reich vor. Die Fronten klärten sich erst am 11. (24.) April bei einem Treffen der alliierten Vertreter in Rußland, an dem auch der französische Rüstungsminister Albert Thomas als Sonderbotschafter seiner Regierung teilnahm. Der französische Botschafter Maurice Paléologue und der italienische Botschafter Carlotti di Riparbella sahen weiterhin in Miljukov den Garanten für den Verbleib

Rußlands im Krieg, Buchanan und Thomas setzten angesichts des Autoritätsverlusts der Regierung dagegen fortan auf Kerenskij als integrierende Kraft.

Unter dem Druck der inneren und äußeren Umstände richtete Miljukov am 18. April 1917 an die westlichen Alliierten eine Note, die die Deklaration vom 27. März enthielt. Sie ging als ein Zirkulartelegramm an die diplomatischen Vertreter Rußlands, die angewiesen wurden, seinen Text der jeweiligen Regierung zukommen zu lassen. Die offizielle Stellungnahme, die die Note enthielt, machte sich die Zerstreuung von Gerüchten über einen von der russischen Seite angestrebten Separatfrieden mit den Mittelmächten zur Aufgabe. Unmißverständlich wies die Note auf den Siegesfrieden im Bündnis mit den Alliierten als auf ein außenpolitisches Ziel Rußlands hin. Anstelle der Zimmerwaldformel eines "Friedens ohne Annexionen" wurde von "Garantien und Sanktionen" zur Stabilisierung der politischen Ordnung durch die demokratischen Mächte gesprochen. Diese Worte gehen laut Miljukovs Memoiren auf den französischen Sonderbotschafter Thomas zurück.

Am 19. April (2. Mai) wurde die Note vom Fürst L'vov an Cereteli übersandt. Mit der Note führte Miljukov dem Sowjet vor Augen, daß er unter Mißachtung der Arbeiter- und Soldatenvertreter die Versprechungen aufkündigte, die die Deklaration vom 27. März (9. April) gemacht hatte, und den "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" für den Siegesfrieden opferte. Der Sowjet nahm die Note mit Unverständnis auf, beschloß aber, seine Stellungnahme erst nach vorheriger Beratung mit der Regierung abzugeben.

Auf die erneute Proklamation des Siegfriedens, die die Note enthielt, reagierte die Presse in ihren Kommentaren vom 20. und 21. April (jeweils 3. und 4. Mai) mit Bestürzung. Weil die Bevölkerung Petrograds durch die Agitation der sozialistischen Parteien für die Bedrohung, die von "imperialistischen Zielen" der Provisorischen Regierung ausgehen könnte, hinreichend sensibilisiert war, antwortete sie auf die Miljukov-Note mit Demonstrationen und Streiks unter den Parolen wie "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" und, was vorauszusehen war, "Nieder mit Miljukov". Miljukovs Versuch, die Bestimmung seines außenpolitischen Kurses mit der Frage der Macht im Rahmen der "Doppelherrschaft" zu kombinieren, scheiterte daran, daß die kriegsmüden Massen am ehesten für die Parolen der radikalen politischen Kräfte zu gewinnen waren. Die Autorität der Regierung erlitt einen schweren Schaden. Eine neue innenpolitische Krise bahnte sich an, die Aprilkrise.

Den Ausweg daraus konnte auch eine gemeinsame Erklärung der Provisorischen Regierung und des Exekutivkomitees des Sowjets vom 22. April (5. Mai) nichts weisen, in der mitgeteilt wurde, unter "Garantien und Sanktionen" der Miljukov-Note seien lediglich "Rüstungsbeschränkungen" und "internationale Gerichte" zu verstehen. Zwar war es – mit Hilfe des Sowjets – gelungen, die öffentliche Ordnung in Petrograd innerhalb von zwei Tagen wiederherzustellen. Doch wurde damit die Vertrauenskrise, in die die Regierung geraten war, noch längst nicht überwunden. Ein Schulterschuß zwischen der politischen Führung und der Gesellschaft sollte durch die Umbildung des bestehenden Kabinetts herbeigeführt werden. Nachdem zunächst der Kriegsminister Aleksandr Gu(kov am 29. April (12. Mai) und dann Miljukov selbst als Außenminister am 2. (15.) Mai zurückgetreten waren, und Vertreter sozialistischer Parteien ihre Beteiligung zugesagt hatten, wurde am 5. (18.) Mai eine neue, diesmal eine Koalitionsregierung gegründet. In ihr außenpolitisches Programm, das noch am gleichen Tag verkündet wurde, nahm sie die Zimmerwaldformel "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" auf. Damit wahrte sie die Kontinuität zur Deklaration vom 27. März (9. April). Doch hatte das neue Kabinett in der Tat eine Alternative zum bisherigen außenpolitischen Kurs zu bieten?

Thomas M. Bohn

Quellen- und Literaturhinweise

- Alekseeva, I., Agonija serde(nogo soglasija. Carizm, bur(uazija i ich sojuzniki po Antante 1914-1917, Leningrad 1990.
- Altrichter, H., Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn u. a. 1997.
- Bohn, Th. M., Russische Geschichtswissenschaft von 1880 bis 1905. Pavel N. Miljukov und die Moskauer Schule, Köln u. a. 1998.
- Buchanan, G., Meine Mission in Rußland, Berlin 1926.
- Cereteli, I., Vospominanija o Fevral'skoj revoljucii, 2 Bde, Paris 1963.
- Die Europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges. Konstantinopel und die Meerengen. Nach den Geheimdokumenten des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Red. von E. Adamov, 4 Bde, Dresden 1930-1932 (russ.: Konstantinopol' i prolivy po sekretnym dokumentam byvshego Ministerstva inostrannyh del, Red. von E. Adamov, 2 Bde, Moskau 1925/26).
- Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, Hg. v. Manfred Hellmann, 6. Aufl., München 1987.
- Emec, V., O(erki vnešnej politiki Rossii v period pervoj mirovoj vojny. Vzaimootnošenija Rossii s sojuznikami po voprosam vedenija vojny, Moskva 1977.
- Ignat'ev, A., Vnešnjaja politika Vremennogo pravitel'stva, Moskau 1974.
- Johnston, R. H., Tradition versus Revolution. Russia and the Balkans in 1917, New York 1977.
- [Kerenskij, A.], Die Kerenski-Memoiren. Rußland und der Wendepunkt der Geschichte, Wien u.a. 1966.
- Kirby, D., War, Peace and Revolution. International Socialism at the Crossroads 1914-1918, Aldershot 1986.
- Michajlovskij, G., Zapiski. Iz istorii rossijskogo vnešnepoliti(eskogo vedomstva. 1914-1920, 2 Bde, Bd. 1: Avgust 1914 – oktjabr' 1917, Bd. 2: Oktjabr' 1917 – nojabr' 1920 g., Moskau 1993.
- [Miljukov, P..] Paul Miliukov: Political Memoirs 1905-1917, Hg. von A. P. Mendel, Ann Arbor 1967 (russ.: Miljukov, P., Vospominanija (1859-1917), 2 Bde, Moskau 1991).
- [Miljukov, P.] Milukow, P., Geschichte der zweiten russischen Revolution. Gegensätze der Revolution, Hg. v. D. Erdtracht, Wien 1921 (russ.: Miljukov, P., Istorija vtoroj ruskoj revoljucii, Moskau 2001).
- [Nabokov, V.] Nabokow, W., Petrograd 1917. Der kurze Sommer der Revolution, Berlin 1992 (Nabokov, V., "Vremennoe Pravitel'stvo", in: Archiv ruskoj revoljucii, 1 (1921), S. 9-96).
- Paléologue, M., Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen., 2 Bde, 5. Aufl. München 1939.
- Riha, Th., A Russian European. Paul Miliukov in Russian Politics, Notre Dame u.a. 1969.
- Rosenberg, W. G., Liberals in the Russian Revolution. The Constitutional Democratic Party, 1917-1921, Princeton u.a. 1974.
- Stillig, J., Die russische Februarrevolution 1917 und die sozialistische Friedenspolitik, Köln u.a. 1977.
- Stockdale, M. K., Paul Miliukov and the Quest for a Liberal Russia, 1880-1918, Ithaca u.a. 1996.
- Suchanov, N., 1917. Tagebuch der russischen Revolution, Hg. von N. Ehlert, München 1967 (russ.: Suchanov, N., Zapiski o revoljucii, 3 Bde, Moskau 1991).
- The Russian Provisional Government 1917. Documents, Hg. von R. P. Browder und A. Kerensky [Kerenskij], 3 Bde, Stanford 1961.

Wade, R. A., The Russian Revolution, 1917, Cambridge 2000.

Wade, R. A., The Russian Search for Peace. February-October 1917, Stanford 1969.

Warth, R. D., The Allies and the Russian Revolution. From the Fall of the Monarchy to the Peace of Brest-Litovsk, New York 1973.

Note der Provisorischen Regierung an die Regierungen der alliierten Mächte ["Miljukov-Note"]

18. April 1917

Am 27. März d. J. veröffentlichte die Provisorische Regierung eine Deklaration an die Bürger, in der eine Darstellung der Ansichten der Regierung des freien Rußland über die Aufgaben des jetzigen Krieges enthalten ist. Der Außenminister beauftragt mich, Ihnen das genannte Dokument mitzuteilen und aus diesem Anlaß folgende Bemerkungen auszusprechen. Unsere Feinde versuchten in der letzten Zeit, Zwietracht in die Beziehungen der Alliierten hineinzutragen, indem sie unsinnige Mitteilungen verbreiteten, als ob Rußland bereit wäre, mit den Zentralmonarchien einen Separatfrieden zu schließen. Der Wortlaut des beigefügten Dokuments dementiert am besten solche Erfindungen.

Sie werden daraus ersehen, daß die von der Provisorischen Regierung proklamierten allgemeinen Prinzipien den großen Gedanken vollständig entsprechen, die bis in die jüngste Zeit von vielen hervorragenden Staatsmännern der alliierten Länder wiederholt geäußert wurden, und einen besonders deutlichen Ausdruck bei unserem neuen Alliierten, bei der großen Republik auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans, in den Äußerungen ihres Präsidenten gefunden haben.² Die Regierung des alten Regimes war selbstverständlich nicht in der Lage, diese Gedanken vom Befreiungscharakter des Krieges, von der Schaffung sicherer Grundlagen für das friedliche Zusammenleben der Völker, vom Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen usw. zu verstehen und zu teilen. Aber das befreite Rußland kann jetzt die Sprache, die den fortschrittlichen Demokratien der Menschheit unserer Zeit verständlich ist, sprechen, und beeilt sich, sich mit ihrer Stimme den Stimmen der Alliierten anzuschließen. Die Erklärungen der Provisorischen Regierung, die von diesem neuen Geist der befreiten Demokratie erfüllt sind, können selbstverständlich nicht den geringsten Anlaß für den Gedanken geben, daß der erfolgte Umsturz zur Schwächung der Rolle Rußlands im gemeinsamen Kampf der Alliierten führte. Ganz im Gegenteil hat sich das Streben des ganzen Volkes, den Weltkrieg bis zum entscheidenden Sieg zu führen, dank dem Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung aller und jedes einzelnen nur verstärkt. Dieses Streben ist noch aktiver geworden, da es auf die dringende Aufgabe, die alle berührt, konzentriert ist, den Feind abzuwehren, der tief ins Innere unseres Vaterlandes eingedrungen ist. Es ist selbstverständlich, daß die Provisorische Regierung, indem sie die Rechte unseres Vaterlandes schützt, die Verpflichtungen, die unseren Alliierten gegenüber übernommen wurden, vollauf wahren wird, wie auch in dem beigelegten Dokument ausgeführt wird. Sie fährt fort, die vollständige Überzeugung der siegreichen Beendigung des jetzigen Krieges im vollen Einvernehmen mit den Alliierten zu hegen und ist vollständig davon überzeugt, daß die durch diesen Krieg aufgeworfenen Fragen im Geist der Schaffung einer sicheren Grundlage für einen Dauerfrieden gelöst werden, und die von gleichen Bestrebungen erfüllten fortschrittlichen Demokratien einen Weg zur Aufstellung von Garantien und Sanktionen finden

2 Am 2./15. April 1917 hatte Woodrow Wilson unter Berufung der Verteidigung von Recht und Demokratie vor dem amerikanischen Kongreß zum Krieg aufgerufen. Die Kriegserklärung der USA an die Mittelmächte folgte am 6./19. April 1917.

werden, die zur Vorbeugung neuer blutiger Zusammenstöße in Zukunft notwendig sind.

Rev. Übersetzung hier nach: Die Europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges. Konstantinopel und die Meerengen, Red. von E. Adamow, 4 Bde, Bd. 2, Dresden 1930, S. 433-434.

Die Deklaration der Provisorischen Regierung über die Aufgaben des Krieges

27. März 1917

Bürger! Nach der Beratung über die militärische Lage des russischen Staates hat die Provisorische Regierung aus Pflichtgefühl vor dem Land beschlossen, direkt und offen dem Volke die volle Wahrheit zu sagen.

Die nunmehr gestürzte Regierung hat die Sache der Landesverteidigung in einem schweren und zerrütteten Zustand hinterlassen. Durch ihre verbrecherische Untätigkeit und ihre ungeschickten Maßnahmen hat sie den Zerfall unseres Finanzwesens, der Versorgung und des Transportes, der Verpflegung der Armee verursacht. Sie hat unser Wirtschaftssystem untergraben.

Die Provisorische Regierung wird unter lebhafter und aktiver Mitarbeit des ganzen Volkes alle ihre Kräfte der Sache der Behebung dieser schweren Folgen des alten Systems widmen. Aber die Zeit wartet nicht. Das Blut vieler Söhne des Vaterlandes wurde in diesen letzten langen zweieinhalb Kriegsjahren ohne Maß vergossen, aber das Land bleibt immer noch den Schlägen eines starken Feindes preisgegeben, der ganze Gebiete unseres Staates besetzt hat, und uns jetzt, in den Tagen der Geburt der russischen Freiheit, mit einer neuen entschlossenen Offensive bedroht.

Die Verteidigung des Besitzes unseres eigenen Vaterlandes um jeden Preis und die Befreiung des Landes von einem Feind, der in unser Gebiet eingedrungen ist, – das ist die erste, wichtigste Lebensaufgabe unserer Krieger, die die Freiheit des Volkes verteidigen.

Die Provisorische Regierung überläßt es dem Volkswillen, alle Fragen, die mit dem Weltkrieg und seiner Beendigung verbunden sind, in engster Eintracht mit unseren Alliierten endgültig zu lösen, und hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, sofort zu erklären, daß das Ziel des freien Rußlands nicht die Herrschaft über andere Völker, nicht die gewaltsame Aneignung ihres Nationaleigentums, nicht die gewaltsame Eroberung fremder Gebiete, sondern die Behauptung eines sicheren Friedens auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist. Das russische Volk erstrebt nicht die Erstarkung seiner äußeren Macht auf Kosten anderer Völker, es macht sich nicht die Versklavung und Erniedrigung anderer zum Ziel. Im Namen der höchsten Grundsätze der Gerechtigkeit hat es die Ketten zerrissen, in denen das polnische Volk lag.³ Aber das russische Volk wird nicht dulden, daß sein Vaterland aus dem gewaltigen Kampf erniedrigt und in seinen Lebenskräften gelähmt hervorgeht. Diese Prinzipien werden die Grundlage der Außenpolitik der Provisorischen Regierung bilden, die unentwegt den Volkswillen verwirklicht und die Rechte unseres Vaterlandes bei voller Achtung aller Verpflichtungen verteidigt, die unseren Alliierten gegenüber eingegangen wurden.

Die Provisorische Regierung des freien Rußlands ist nicht berechtigt, dem Volk die Wahrheit zu verheimlichen – der Staat ist in Gefahr. Man muß alle Kräfte anstrengen, um ihn zu retten. Die Antwort des Landes auf die ausgesprochene Wahrheit soll nicht

3 Gemeint ist der Aufruf der Provisorischen Regierung an die Polen vom 16./29. März 1917, der die Wiederherstellung des unabhängigen polnischen Staates aus seinen russischen, österreichischen und deutschen Bestandteilen verhiess.

ertraglose Niedergeschlagenheit, nicht Stimmungsverfall, sondern der einmütige Aufbruch zur Schaffung eines einheitlichen Volkswillens sein. Er wird uns neue Kräfte für den Kampf verleihen und zur Rettung führen.

In der Stunde der schweren Prüfung soll das ganze Land die Kräfte in sich selbst finden, um die eroberte Freiheit zu sichern, und sich der unermüdlichen Arbeit zum Wohl des freien Rußlands zu widmen. Die Provisorische Regierung, die den feierlichen Schwur geleistet hat, dem Volk zu dienen, glaubt fest daran, daß bei der allgemeinen und einmütigen Unterstützung aller und jedes einzelnen auch sie selbst imstande sein wird, ihre Pflicht gegenüber dem Land bis zum Ende zu erfüllen.

Ministerpräsident Fürst G. L'vov

27. März 1917

Rev. Übersetzung hier nach: Die Europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges. Konstantinopel und die Meerengen, Red. von E. Adamow, 4 Bde, Bd. 2, Dresden 1930, S. 423-424.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0004_mil.pdf

Datum: 30. Mai 2012 um 08:57:37 Uhr CEST.

© BSB München
